

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #19/2014

---

21. Juni 2014

Die Fragen stellte die Politik-Studentin Jade Treffeisen aus Konstanz.

### **Jade Treffeisen:**

*Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche berät der Bundestag abschließend über den Haushalt 2014. 2015 wollen Sie zum ersten Mal seit 1969 ganz ohne neue Schulden auskommen. Wie wollen Sie das auch in den folgenden Jahren schaffen? Und mit welchen Einschnitten ist in diesem Zusammenhang zu rechnen?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

In der Tat wollen wir ohne neue Schulden auskommen; wir haben ja schon einen großen Schuldenberg aufgetürmt. Wie wir das schaffen können? Die Grundlage dafür ist, dass wir eine wachstumsfreundliche Konsolidierung machen, wie das fachtechnisch genannt wird. Das heißt, wir sparen auf der einen Seite in dem Sinne, dass wir die öffentlichen Ausgaben nicht erhöhen. Aber gleichzeitig setzen wir Schwerpunkte – zum Beispiel größere Investitionen im Verkehrsbereich, höhere Investitionen in Innovation und Forschung. Und damit können wir sicherstellen, dass trotz gleichbleibender Ausgaben der öffentlichen Hand doch mehr erreicht wird: Wenn Wachstum stattfindet, dann sinkt natürlich auch die Gesamtschuldenbelastung.

*Wäre es in Anbetracht des demografischen Wandels in Deutschland nicht sinnvoll, nicht nur schuldenfrei zu bleiben, sondern auch Schulden abzubauen?*

Wir müssen aufpassen, dass wir das richtige Gleichgewicht finden. Deshalb sagte ich: wachstumsfreundliche Konsolidierung. Das heißt also, es müssen auch Investitionen in die Zukunft getätigt werden. Und deshalb ist für uns das Erreichen einer „Null“, also keiner neuen Neuverschuldung, schon eine große Kraftanstrengung. Aber – ich komme auf das zurück, was ich eben gesagt habe – wenn wir gleichzeitig Wirtschaftswachstum haben, dann steigt das Bruttoinlandsprodukt und dann sinkt die Gesamtverschuldungsrate. So sind wir in den letzten Jahren schon von 81 Prozent Gesamtverschuldung – im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – auf 78,5 Prozent runtergekommen. Und wir wollen bis 2017 auf 70 Prozent kommen. Im Wachstums- und Stabilitätspakt der Europäischen Union sind 60 Prozent verlangt, und dieses Ziel müssen wir natürlich anstreben. Deshalb tun wir etwas für die junge Generation, indem wir die Gesamtschuldenlast, also den prozentualen Anteil am Bruttoinlandsprodukt, senken.

*Sie sprechen immer wieder davon, dass Bildung, Forschung und Wissenschaft für Sie Vorrang haben. Die Opposition bemängelt jedoch Einsparungen von rund 500 Millionen bei der Bildung im Haushaltsjahr 2014. Sind die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung vergleichsweise doch zu gering?*

Wir haben noch einen großen Bedarf, in Bildung zu investieren. Aber diese Bundesregierung hilft hier auch ganz besonders den Ländern. Und deshalb haben wir zwei Säulen: Das eine sind die Forschungsausgaben. Die werden weiter bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bleiben. Dabei ist der staatliche Anteil ungefähr ein Drittel der Forschungsausgaben. Das heißt: Wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst, dann muss der Etat für Forschung natürlich auch wachsen. Genau das geschieht. Wir helfen ja auch den Ländern, indem wir als Bund die Aufwüchse bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen voll übernehmen. Die zweite Säule ist die Bildung. Hier gibt es Bundesaktivitäten, aber hier gibt es auch eine ganze Zahl von Länderaktivitäten. Hier werden wir in den nächsten Jahren unsere Ausgaben des Bundes um sechs Milliarden steigern. Ich glaube, das ist ein ganz deutlicher Beitrag dazu, dass die Bildungsmöglichkeiten in Deutschland steigen.

*Unlängst haben tausende Studierende, Mitarbeiter, aber auch Hochschulverantwortliche mit der Aktion „Unis in Not“ auf die immer schlechtere Finanzlage der Hochschulen aufmerksam gemacht. Sind die Bundesländer denn überhaupt noch in der Lage, alle Kosten zu decken, oder muss der Bund bald aktiv werden?*

Wir werden ja schon aktiv. Wir sind zum Beispiel mit dabei, den Hochschulpakt zu finanzieren. Das heißt, den Aufwuchs an Studienplätzen tragen finanziell Bund und Länder ge-

meinsam. Und das wird auch in dieser Legislaturperiode bis 2017 so fortgesetzt. Zweitens haben wir uns entschlossen, ab dem 1.1.2015 die Gesamtkosten für das BAföG zu übernehmen. Das heißt, der Länderanteil wird voll auf den Bund übertragen. Damit hat der Bund dann zu hundert Prozent die Verantwortung für die Finanzierung der Studierenden. Das bedeutet im Gegenzug, dass die Länder Spielräume haben, die sie dann für die Finanzierung der Universitäten einsetzen können bzw. auch für die Finanzierung von anderen Bildungsausgaben. Ich glaube, das ist ein fairer Kompromiss, und ich hoffe, dass dann auch bei den Unis etwas ankommt.

*Wie wollen Sie sicherstellen, dass dieses Geld weiterhin sinnvoll in Bildung investiert wird?*  
Ich vertraue da auf die Länder. Jedes Land hat ja auch das Interesse daran, dass die Bildung gut funktioniert. Deshalb können wir das den Ländern jetzt nicht direkt vorschreiben, sondern wir können nur sagen: Guckt, wir haben hier eine Verantwortung übernommen, wir sind hilfreich. Und ich denke, die Länder kennen die Prioritäten auch. Und da ist Bildung ganz vorne mit dabei.